



**AgEcon** SEARCH  
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

*The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library*

**This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.**

**Help ensure our sustainability.**

Give to AgEcon Search

AgEcon Search

<http://ageconsearch.umn.edu>

[aesearch@umn.edu](mailto:aesearch@umn.edu)

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

---

Bunnies, H.: Möglichkeiten und Grenzen einer internationalen landwirtschaftlichen Stabilisierungspolitik (Korreferat). In: Langbehn, C., Stamer, H.: Agrarwirtschaft und wirtschaftliche Instabilität. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Band 13, Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag (1976), S. 253-256.

---



# GRENZEN UND MÖGLICHKEITEN EINER INTERNATIONALEN LANDWIRTSCHAFTLICHEN STABILISIERUNGSPOLITIK (Korreferat)

von

Helmut Bunnies, Kiel

---

1	Zur Funktionsfähigkeit von Rohstoffabkommen	253
2	Beurteilung ergänzender Stabilisierungsmaßnahmen	254
3	Instabilitäten: Folge fehlender politischer Solidarität	254

---

## 1 Zur Funktionsfähigkeit von Rohstoffabkommen

Hohe Ernteschwankungen, politische und/oder militärische Konflikte sowie die geringe Preiselastizität der Nachfrage insbesondere nach lebenswichtigen Agrarprodukten lösen, verstärkt durch Spekulationsgeschäfte, zum Teil erhebliche und oft mehrjährige Preisschwankungen aus. Sie sind Anlaß auch der gegenwärtigen agrarpolitischen Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen einer internationalen Stabilisierungspolitik, deren Ziel es sein soll, den Warenaustausch - abgesehen von seinem Umfang - auf einem für Export- wie Importländer "angemessenen" Preisniveau zu stabilisieren.

Hinter dieser bewußt gewählten Formulierung des "angemessenen Preisniveaus" verbergen sich die aus der unterschiedlichen Interessenlage im- bzw. exportierender Länder resultierenden und zu Zeiten eines Marktungleichgewichtes zumeist diametral entgegenstehenden Vorstellungen über den zumindestens langfristig zutreffenden Gleichgewichtspreis. Diesem Dilemma kommt insofern große Bedeutung zu, als Rohstoffabkommen vor allem vor dem Hintergrund eines zu geringen oder zu hohen Weltmarktangebotes konzipiert werden und damit Veränderungen der Marktverhältnisse bereits den Keim des Scheiterns in sich tragen. Dennoch können die bisherigen Stabilisierungsmaßnahmen nicht grundsätzlich als wirkungslos bezeichnet werden. Das gilt - wie die Analyse der Rohstoffabkommen im vorherigen Referat (L. DEBUS, 1975) gezeigt hat - insbesondere für die Abkommenstypen, die die Exportländer zur Preisstützung bei zu hohem Angebot abschlossen.

Die auch Importländer umfassenden Abkommen funktionierten vor allem dann, wenn Angebot und Nachfrage einigermaßen übereinstimmten oder, wie SCHMIDT (E. SCHMIDT, 1975) für die verschiedenen Zuckerabkommen feststellt, bei "normalem" Marktverlauf. Hier sei der Einwurf gestattet, daß unter diesen Marktbedingungen naturgemäß auf Stabilisierungsmaßnahmen verzichtet werden kann. Über die Wirksamkeit internationaler Rohstoffabkommen entscheiden allein Belastungsproben. Und hier muß festgestellt werden, daß das bisher eingesetzte Instrumentarium bestenfalls zur Dämpfung von Preisschwankungen, kaum jedoch zur Preisstabilisierung beigetragen hat.

Daraus wird allerdings nicht ein Verzicht auf stabilisierende Maßnahmen abgeleitet. Vielmehr werden von DEBUS Vorschläge zur Ergänzung des bisher angewandten Instrumentariums zur Verbesserung der Effizienz von Rohstoffabkommen gemacht und erläutert.

## 2 Beurteilung ergänzender Stabilisierungsmaßnahmen

Als erstes wird die laufende Anpassung der Zielpreise an die Entwicklung der Produktionskosten mit Hilfe von Preisindices genannt. Dieser Automatismus könnte zwar jährliche, angesichts der divergierenden Interessen der Mitgliedsländer kaum zu realisierende Preisanpassungsverhandlungen ersetzen, ob jedoch eine Preisstabilisierung erreicht wird, hängt ausschließlich von den jeweiligen Marktverhältnissen ab. In Phasen eines zu hohen Weltmarktangebotes würde diese "Anpassung nach oben" – denn wann sinken Kosten? – zwangsläufig vom Gleichgewichtspreis wegführen und damit eher destabilisierend wirken. Mir scheint wichtiger die Festlegung einer realistischen Bandbreite der Zielpreise; sie dürfte eine laufende Preisanpassung überflüssig machen.

Zweitens werden Abnahmeverpflichtungen der Importländer zu Mindestpreisen vorgeschlagen. Abgesehen von der Problematik, die in der Festlegung durchschnittlich kostendeckender Preise steckt und die schon bei geringfügig zu hoher Festsetzung die Gefahr nicht marktkonformer Produktionssteigerungen birgt, wurde mit Abnahmeverpflichtungen – ihnen stehen in der Regel Lieferverpflichtungen der Exportländer gegenüber – bisher keine durchschlagende Preisstabilisierung (H.P. OTZEN, 1970, S. 82 ff) erreicht. Sie erhalten geradezu eine destabilisierende Wirkung, wenn – wie von DEBUS empfohlen – die Pflichtmengen auf unter 100 v.H. einer Referenzperiode fixiert werden. Denn die restlichen Bezüge werden auf dem "freien Markt" gedeckt, der aufgrund seines begrenzten Volumens (H.J. JOHNSON, 1950, S. 626) bereits durch ein geringes Marktungleichgewicht zu extremen Preisausschlägen tendiert und damit die Gefahr des Ausbrechens einzelner Länder heraufbeschwört bzw. zu falschen Preiserwartungen bei Neuverhandlungen oder zu falschen Produktionsentscheidungen führen kann.

Drittens wird eine kontinuierliche, d.h. frühzeitige Verlängerung der Abkommen vorgeschlagen. Diese Regelung kann zwar kaum zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit eines Abkommens beitragen, wohl aber allen am Abkommen beteiligten Ländern eine gewisse zusätzliche Sicherheit bieten.

Aufgreifen und unterstützen möchte ich schließlich die Forderung zur Verbesserung der Markttransparenz. Obwohl das lediglich ein Mindestmaß an "Good Will" aller wichtigen am Weltmarkt beteiligten Länder voraussetzt und kaum Kosten verursacht, scheiterten derartige Abmachungen bisher aus technischen und/oder politischen Gründen. Hier sei an die Vereinbarungen zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR erinnert, die solche Marktinformationen zwar vorsehen, die aber dennoch bisher nicht funktionierten.

## 3 Instabilitäten: Folge fehlender politischer Solidarität

Insgesamt glaube ich, daß die ergänzenden Vorschläge keinen wesentlichen Beitrag zur Preisstabilisierung zu leisten vermögen. Die oft beklagte unbefriedigende Funktionsfähigkeit von Rohstoffabkommen scheint mir auch weniger am unvollkommenen Instrumentarium zu liegen als vielmehr an der mangelnden politischen Bereitschaft vieler Länder, sich vorbehaltlos und solidarisch bestimmten Vorschriften zu unterwerfen.

Das gilt beispielsweise auch für die Europäische Gemeinschaft. Zwar erklärt die Kommission (EG-Kommission, 1975, S. 1) ihr Interesse an ausgewogenen Rohstoffabkommen und nennt als Beispiel ihres guten Willens das erst kürzlich abgeschlossene Abkommen von Lomé, das u.a. Zuckereinfuhren in Höhe von 1,4 Mill. t zum innergemeinschaftlichen Preisniveau vorsieht; gleichzeitig schafft sie jedoch die Voraussetzungen für eine exorbitante innergemeinschaftliche Produktionsausweitung. Konsequenz dieser Politik wird der Aufbau von Überschüssen sein,

deren bloßes Vorhandensein voraussichtlich zu einem Preisdruck auf dem Weltmarkt führen dürfte, ganz zu schweigen von der Gefahr, die von einem Export dieser Überschüsse ausgehen würde.

Hier ließen sich zahlreiche, nicht nur die Europäische Gemeinschaft betreffende Beispiele anführen.

Wer daher – wie ich – die fehlende politische Einsicht beklagt und damit vor allem die Grenzen der internationalen Stabilisierungspolitik betont, darf nicht übersehen, daß die Instabilitäten auf den landwirtschaftlichen Rohstoffmärkten mindestens zeitweise für weniger entwickelte Länder zu unerträglichen Belastungen führen (VEREINTE NATIONEN, 1974). Da diese Länder insbesondere zu Zeiten hoher Weltmarktpreise nicht in der Lage sind, ihr Nahrungsmitteldefizit zu den Bedingungen des kommerziellen Weltmarktes zu decken, muß ihre Versorgung allein aus humanitären Gründen von den entwickelten Volkswirtschaften sichergestellt werden, und zwar unabhängig von der Höhe der Kosten und unabhängig von politischen Bedingungen.

Abschließend – und damit greife ich einen anfangs genannten Punkt wieder auf – möchte ich die Frage aufwerfen, in welcher Weise und in welchem Umfang die Instabilitäten auf den Rohstoffmärkten durch internationale Spekulationsgeschäfte verstärkt werden. Dieses Problem müßte – falls es bisher noch nicht geschehen ist – gründlich untersucht und in die Diskussion um die Grenzen und Möglichkeiten einer Stabilisierungspolitik einbezogen werden.

## Literatur

- 1 Bericht über die Welternährungskonferenz der Vereinten Nationen im November 1974 in Rom. Hrsg. vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn 1975.
- 2 DEBUS, L.: Möglichkeiten und Grenzen einer internationalen landwirtschaftlichen Stabilisierungspolitik. Referat auf der 16. Jahrestagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Kiel 1975.
- 3 EG-Kommission. Wie sollen weltweite Abkommen funktionieren? Agra Europe, 16. Jg. (1975), Nr. 32, Dokumentation.
- 4 JOHNSON, H.J.: Destabilizing Effect of International Commodity Agreements on the Prices of Primary Products. Economic Journal, Vol. LX, London 1950.
- 5 OTZEN, H.P.: Möglichkeiten und Grenzen der internationalen Zusammenarbeit auf dem Weltmarkt für Getreide. (Agrarmarkt-Studien aus dem Institut für Agrarpolitik und Marktlehre der Universität Kiel, H. 11.) Hamburg u. Berlin 1970.
- 6 SCHMIDT, E.: Möglichkeiten einer Stabilisierungspolitik auf dem Zuckermarkt. Referat auf der 16. Jahrestagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Kiel 1975.
- 7 Vereinte Nationen, Die Ernährungslage der Welt in Gegenwart und Zukunft. Eine vorläufige Bestandsaufnahme, hrsg. vom Informationszentrum für wirtschaftliche und soziale Entwicklung, o.O. 1974.